



Ein gespanntes Verhältnis: VW und die USA

FOTO: DPA

Saftige Rechnung für Dieselskandal

Rund 15 Milliarden Dollar muss der Autobauer VW in den USA wegen der manipulierten Motorsoftware zahlen

SAN FRANCISCO. Es ist eine gigantische Summe, die VW im Dieselskandal schultern muss. Bis zu 15 Milliarden Dollar (13,5 Milliarden Euro) dürfte der Konzern für die Abgasmanipulationen zahlen müssen. Den größten Teil sollen betroffene US-Kunden bekommen.

Wozu genau wurde VW verdonnert? Der Konzern hat mit US-Klägern einen Vergleich ausgehandelt. Demnach muss VW die knapp 15 Milliarden Dollar für verschiedene Dinge ausgeben: für einen Umweltfonds und die Förderung von emissionsfreien Autos etwa. Der weitaus größte Teil wird aber an Kunden fließen, die in den USA einen manipulierten VW

oder Audi besitzen. Ein Richter muss dem Vergleich allerdings noch zustimmen.

Wie hoch ist die Entschädigung für US-Kunden?

Die reine Entschädigung für Autobesitzer soll zwischen 5100 und knapp 10000 Dollar pro Fahrzeug liegen. Das kommt darauf an, wie alt das Auto ist. Zusätzlich muss der Konzern den Kunden anbieten, ihre Autos zurückzukaufen. Die Diesel-Besitzer sollen dabei so viel Geld bekommen, wie ihr Auto vor Bekanntwerden der Manipulationen wert war.

Wird es in den USA keinen Rückruf geben wie in Deutschland?

Jein. Generell haben US-Kunden eine Wahlmöglichkeit: Entweder Rückruf mit einer Nachbesserung, oder Rückkauf, also Rückgabe. Diese Varianten stehen in Deutschland und Europa nicht zur Auswahl. Dafür hat der Rückruf hierzulande schon begonnen und in den nächsten Wochen soll er weiter Fahrt aufnehmen, so dass zum Jahresende alle 2,5 Millionen Diesel in Deutschland nachgebessert sein könnten. In den USA hat VW bis Mai 2018 Zeit, um sich Nachbesserungslösungen von den Behörden absegnen zu lassen. Das gilt dort als deutlich kniffliger.

Was bedeutet eine Entscheidung in den USA für deutsche Kunden?

Wahrscheinlich nicht viel. Volkswagen hat wiederholt betont, dass eine Entschädigung wie in den USA in Europa und damit auch in Deutschland nicht infrage komme. Vorstandschef Matthias Müller selbst hat das Ende April ausgeschlossen. Verbraucherschützer kritisieren, dass Kunden in den USA mehr bekommen sollen. Einige Anwaltskanzleien haben sich zum Ziel gesetzt, auch für betroffene Autobesitzer in Europa Schadenersatz zu erstreiten. Die Erfolgsaussichten sind aber aufgrund der unterschiedlichen Rechtssysteme ungewiss.

Ist die Abgasaffäre für VW nach einer US-Lösung ausgestanden?

Nein. Zum einen müssen sich nicht alle Kläger in den USA einem Vergleichsvorschlag anschließen und können individuell weiterklagen. Zum anderen muss VW auch außerhalb der USA viele Verfahren bewältigen. In Deutschland fordern ebenfalls Kunden Entschädigungen oder Rückkäufe. Gerichte haben hier in ersten Instanzen unterschiedlich geurteilt. Zudem fühlen sich zahlreiche Aktionäre des Wolfsburger Autobauers von dem Konzern zu spät über die Manipulationen in-

formiert. Sie wollen sich Kursverluste erstatten lassen.

Hat VW genügend Geld, um die Summe zu bezahlen?

Der sich anbahnende Vergleich kostet den VW-Konzern einen Großteil seiner bisher erfolgten Rückstellungen. Den 14,7 Milliarden Dollar Vergleichszahlung steht bisher ein Puffer von 16,2 Milliarden Euro für die weltweiten Folgen der Dieselskrisen insgesamt gegenüber. Damit machen die bisher bezifferbaren Posten in den USA schon gut 80 Prozent des gesamten Krisen-Finanzpolsters des Autokonzerns aus.

Was sagt der VW-Großaktionär Niedersachsen dazu?

Für den VW-Großaktionär Niedersachsen sind die Vergleichspläne zur Lösung der Abgaskrise in den Vereinigten „ein deutlicher Schritt nach vorne“. Ministerpräsident Stephan Weil und sein Wirtschaftsminister Olaf Lies (beide SPD) sehen damit wesentliche Unsicherheiten ausgeräumt. „Die positiven Aspekte dieser Vergleichsvereinbarungen überwiegen, trotz der damit verbundenen erheblichen finanziellen Belastungen.“

Hannes Breustedt, Felix Frieler (dpa)

ZITAT DES TAGES

„VW hat mehr als eine halbe Million Amerikaner zu unwissenden Komplizen eines beispiellosen Anschlags auf die Umwelt unseres Landes gemacht.“

Die Vize-Generalbundesanwältin der Vereinigten Staaten Sally Q. Yates am Dienstag vor Medien in Washington zum VW-Dieselskandal.

Brexit macht Abschluss der TTIP-Verhandlungen nicht einfacher

Nach wie vor sind die EU und die USA in vielen Details weit von einer Verständigung entfernt / Vor allem die Landwirtschaft ist ein Streitpunkt

Von Christian Mihatsch

CHIANG MAI. In sechs Monaten soll zumindest eine Grundsatzvereinbarung bei TTIP stehen. Angesichts der sehr unterschiedlichen Positionen und des Brexit erscheint dies aber fraglich.

„Nach dreijährigen Verhandlungen wird das „Skelett von TTIP sichtbar“, sagt Iana Dreyer von *Boderlex*, einer Spezialpublikation für Handelspolitik. „Noch ist aber nicht genug Fleisch an den Knochen, damit der Deal dieses Jahr machbar wäre.“ Doch genau das ist das Ziel. Ansonsten könnte sich das Handelsabkommen um Jahre verzögern, da in Deutschland und Frankreich nächstes Jahr gewählt wird.

Für Verzögerungen könnte allerdings auch der Brexit sorgen. Der Chef-Unterhändler der USA, Michael Froman, sagte: „Die USA werden die Folgen der britischen Entscheidung auf die TTIP-Verhandlungen evaluieren.“ Bernd Lange, der Chef des Handelsausschusses im EU-Parlament, warnt derzeit: Durch den Brexit „verlieren wir einen wichtigen Markt“. Im Hinblick auf die TTIP-Ver-

handlungen bedeute dies: „Wir verlieren an Bedeutung.“

Wo die Verhandlungen derzeit stehen, ist relativ gut bekannt. Zum einen hat die EU-Kommission begonnen, ihre Positionspapiere zu den verschiedenen Kapiteln zu veröffentlichen. Dieser Schritt sei „ziemlich revolutionär“, sagt Alberto Alemanno von der Pariser Universität HEC. Zum anderen hat die Umweltorganisation Greenpeace die Hälfte der Verhandlungsunterlagen vor einigen Wochen ins Internet gestellt. Damit sind nun auch viele US-Positionen bekannt. Für Alemanno geben die Dokumente keinen Grund zur Sorge: „Es gibt keinen Beweis, dass die EU bereit ist, nachzugeben bei US-Forderungen nach einer Lockerung beim Konsumentenschutz, der Nahrungsmittelsicherheit oder beim Umweltschutz.“ Im Gegenteil: „Der EU-Vorschlag zum Regulierungskapitel setzt klar voraus, dass das gleiche oder ein höheres Schutzniveau erreicht wird.“ Was die Dokumente hingegen zeigen, ist, wie weit die EU und die



Stößt auf Protest: TTIP

FOTO: DPA

USA in vielen Fragen noch auseinander sind. So schreibt die EU, die Verhandlungen über Nahrungsmittelsicherheit seien mühsam. Die Positionen bei Kosmetika seien unvereinbar. Die Verhandlungen über technische Geräte seien „geprägt durch die anhaltende Zurückhaltung der US-Seite zu verhandeln“. Außerdem zei-

gen die Dokumente, wie stark unterschiedliche Kapitel miteinander verknüpft werden: Die EU will nur über Zollsenkungen von Chemikalien reden, wenn die USA den Export von Flüssiggas erleichtern. Oder: „Fortschritt bei Autoteilen sei nur möglich, wenn die EU Fortschritte bei den Agrarzöllen zeigt“, ließen die US-Verhandler wissen. Umgekehrt will die EU nur dann über Agrarzölle reden, wenn die USA Zugeständnisse bei den geografischen Herkunftsbezeichnungen machen – Stichwort: Schwarzwälder Schinken.

Überhaupt Agrargüter: Hier wurde ein absurd anmutender Briefwechsel bekannt. Anthony Gardner, der US-Botschafter in Brüssel, hat sich in einem Brief an seine Kollegen aus den EU-Ländern über EU-Agrarkommissar Phil Hogan beschwert. Dort schreibt er: „Die EU exportiert doppelt so viele Agrarprodukte nach Amerika (25,7 Milliarden Dollar) wie umgekehrt (12,9 Milliarden Dollar).“ Daraufhin konterte Hogan: „Die EU exportiert hochwer-

Kein Negativzins für die Privatkunden

Südbadische Volksbanken zu Entscheid ihrer Spitzeninstitute

Von Bernd Kramer

FREIBURG/MÜLLHEIM. Privatkunden der Volksbank Müllheim und der Volksbank Freiburg brauchen auch weiterhin nicht mit Negativzinsen auf ihre Sparguthaben zu rechnen. Die WGZ-Bank, quasi eine der Zentralbanken der genossenschaftlichen Institute, hatte am Montag angekündigt, Negativzinsen zu verlangen, wenn Volksbanken bei ihr Geld anlegen wollen. Auch die DZ-Bank, das Pendant der WGZ für Süddeutschland, will dies tun. Beide Institute möchten zum 1. August miteinander fusionieren.

Der Vorstandsvorsitzende der Müllheimer Volksbank Norbert Lange sagte: „Wir haben keine Kunden mit Negativverzinsung.“ Eine Einführung sei derzeit auch nicht geplant. Allerdings machte der Volksbank-Chef deutlich, dass sein Institut keine sehr großen Summen von Anlegern annehmen werde, die bislang keine Kunden der Volksbank sind. Als Beispiel nannte Lange Institutionen, die derzeit erhebliche Schwierigkeiten haben, einen Platz für ihr überschüssiges Geld zu finden, ohne dabei einen Negativzins zahlen zu müssen. Als institutionelle Anleger gelten beispielsweise Versicherungen.

Die Volksbank Freiburg schließt derzeit Negativzinsen für ihre Privat- und Geschäftskunden aus. Man diskutiere aber darüber, wie in Zukunft mit hohen Summen umgegangen werden soll, die sehr große Firmenkunden bei der Volksbank geparkt haben. Unter anderem werde über eine Verwahrgebühr nachgedacht, sagte Vorstandschef Uwe Barth.

Barth und Lange können die Entscheidung der genossenschaftlichen Spitzeninstitute nachvollziehen: „Letztlich ist das ein Abbild des Marktes“, sagte Lange. Die Europäische Zentralbank EZB erhebt schon seit geraumer Zeit einen Negativzins, wenn Banken Geld bei ihr anlegen möchten.

Das geringe Zinsniveau wird in den kommenden Jahren die Gewinne der Volksbanken und Sparkassen sinken lassen, ist Barth überzeugt. Der Rückgang werde sich schon in diesem Jahr zeigen, noch deutlicher aber von 2017 an. Als Reaktion auf die schlechteren Aussichten und das veränderte Kundenverhalten dünnen viele Banken ihr Filialnetz aus. Die Menschen nutzen verstärkt das Netz, um Bankgeschäfte zu tätigen.